

Fahrbahn in der City sackt um 20 Zentimeter ab

In der Straße Perlenpfuhl in der Innenstadt ist die Fahrbahn um etwa 20 Zentimeter abgesackt. Das teilte die Stadt am Mittwochnachmittag mit. Im Rahmen einer Notfallmaßnahme müsse diese Unfallgefahr in Höhe der Hausnummern 6-8 beseitigt werden, so ein Sprecher. Es handele sich um einen vergleichsweise kleinen Bereich in einer gering genutzten Seitenstraße hinter der Schildergasse. Die Ursache für das Absacken war am Mittwoch zunächst nicht bekannt. Arbeiter einer Baufirma werden das Loch am Donnerstag öffnen, um Genaueres herauszufinden.

Ab Donnerstag um etwa 7 Uhr bis voraussichtlich Dienstag, 10. März, soll die Straße Perlenpfuhl während der Bauarbeiten vollständig gesperrt werden. Der Verkehr werde örtlich umgeleitet, so die Stadt. (kle)



Die abgesenkte Stelle Foto: Roll

NACHRICHTEN

KOMÖDIENSTRASE

Trickbetrüger stehlen hohen Bargeldbetrag

Trickdiebe haben einem Touristenpaar (70 und 71) einen hohen Betrag Bargeld gestohlen. Den Senioren, die mit einem Auto auf der Komödienstraße unterwegs waren, gaulkten die Betrüger vor, sie hätten eine Reifenpanne. Als die Touristen, die unmittelbar zuvor Geld an einem Bankautomaten abgehoben hatten, nachsahen, wurde das Geld aus dem Fahrzeug gestohlen. Zwei der Flüchtigen werden als 30 bis 35-jährig beschrieben, deren Komplize als etwa 45-jährig. Hinweise an die Polizei unter Telefon 0221/229-0. (red)

FAHNDUNG

Dieb erbeutet mehr als 1500 Euro

Die Polizei fahndet nach einem Dieb, der am Dienstagabend, 24. September, in Humboldt-



Der mutmaßliche Täter

Gremberg mit einer gestohlenen Kreditkarte einer 46 Jahre alten Frau mehr als 1500 Euro erbeutet hat. Der Mann soll einen Geldautomaten an der Gremberger Straße in der Zeit von 22 und 23 Uhr bedient haben. Der mutmaßliche Täter soll einen Vollbart mit schwarzen Haaren haben sowie eine graue Trainingsjacke getragen haben. Hinweise an die Polizei unter Telefon 0221 229-0. (red) poststelle.koeln@polizei.nrw.de

RADIO KÖLN

... am Morgen mit Christian vom Hofe und Judith Pamme: Nase voll in Kölns Büros - Was tun, wenn alle erkältet sind?



In den städtischen Parks blühen die Narzissen

In kräftigem Gelbleuchten die Frühjahrsblumen aktuell in den Parkanlagen der Stadt. Seit nunmehr zwölf Jahren investiert die Kölner Grün-Stiftung jedes Jahr in neue Narzissenwiebeln, die noch im Herbst von den Auszubildenden des Grünflächenamts gesetzt

werden. Mittlerweile 380 000 Narzissen sind im Äußeren Grüngürtel und in den städtischen Grünanlagen gepflanzt worden. Dieses Jahr blühen die Blumen erstmals auch im Friedenspark. Der Vorschlag dafür kam von Bürgern. (sab) Foto: Weiser

Ein streitbarer Angeklagter

Rainer Kippe steht wegen Hausbesetzung vor Gericht und redet über Wohnungsnot

VON HELMUT FRANGENBERG

Einen Prozess wie diesen erlebt das Amtsgericht nicht alle Tage. Richter und Ankläger suchen nach immer neuen Gelegenheiten, ein aus ihrer Sicht unerwünschtes Verfahren möglichst geräuschlos zu beenden – während der Angeklagte alles tut, damit weiter verhandelt wird. Selbst das Angebot des Richters, das Verfahren gegen Zahlung eines sehr geringen Geldbetrags einzustellen, wird vom Beschuldigten abgelehnt.

Rainer Kippe, Rentner und Streiter bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim für die Rechte von Obdachlosen, will über das Versagen von Stadt und Bund beim Umgang mit Wohnungsleerstand sprechen. Er wirft der Stadt die „schwerwiegende Verletzung von Grundrechten“ von obdachlosen Menschen vor, außerdem die Gefährdung von Hilfebedürftigen, weil diese in Notschlafstellen untergebracht würden, tatsächlich aber rund um die Uhr ein Dach über dem Kopf brauchen. Ausführlich berichtet Kippe von seinem Bemühen, kranken Seniorinnen zu einer dauerhaften Unterbringung zu verhelfen, und von einer Stadtverwaltung, die über Monate nicht reagiere, verträge und versage.

Kippe hat im vergangenen Jahr mit älteren, obdachlosen Frauen leerstehende Häuser der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) in Ossendorf besetzt. Er verstehe sein Handeln als Versuch, einen menschenverachtenden und ordnungswidrigen Zustand zu beenden. „Dafür verdienen wir Lob und nicht Strafe.“ Das zahlreich erscheinende Publikum im Zuschauerraum applaudiert. Richter Daniel Menzel soll hier Dinge verhandeln, die gar nicht angeklagt sind. Kippe hat Stadt und Bima vorgeworfen, die Justiz, als Mittel zum Aufrechterhalten rechtswidriger Zustände“ auszunutzen. Menzel, aber auch Staatsanwalt Ulf Willuhn versu-

chen alles, um diese Annahme zu widerlegen. Die Motive, die zur Hausbesetzung in Ossendorf geführt hätten, seien „nachvollziehbar“, sagt Willuhn. „Begründenswert“ darf ich als Staatsanwalt ja nicht sagen.“ Anklagen müsse er, weil die Bima Strafantrag gestellt habe. „Wir wären froh, wenn wir uns darum nicht kümmern müssten.“

Zum kuriosen Höhepunkt dieses seltsamen Vormittags im Gerichtssaal wird folglich die Zeugenaussage eines hilflosen Bima-Vertreters, dem wenig auf Willuhns Frage einfällt, ob er denn nun – in Kenntnis der Sachlage – den Strafantrag wegen Hausfriedensbruch weiterhin für „erforderlich“ halte. Er sagt zu, dies nach Rücksprache mit seinen Chefs nochmal prüfen zu wollen. Für so etwas brauche

„Wir wären froh, wenn wir uns darum nicht kümmern müssten“

Ulf Willuhn, Staatsanwalt

die Bima 14 Tage. Kippes Verteidiger sagt, dass er sich gar nicht sicher sei, ob sie eine Rücknahme der Anzeige gut finden.

Rechtsanwalt Heinrich Coes hat eine anspruchsvolle, aber auch gewagte Position ausformuliert: Die Rechte eines Hauseigentümers seien niedriger zu bewerten als die Rechte der Obdachlosen und die Abwehr von akuten Gefahren. Durch den jahrelangen Leerstand von Häusern habe die Bima „das Recht mit Füßen getreten“. Die Hausbesetzung am 1. Mai 2019 sei rechts gewesen.

Dieser Abwägung will die Staatsanwaltschaft nicht folgen. Es käme einem Freibrief gleich, das Recht selbst in die Hand nehmen zu dürfen, so Willuhn. Die Stadt verstoße „möglicherweise“ tatsächlich gegen geltendes Recht. Aber das erlaube nicht, sich selber ebenfalls rechtswidrig zu verhalten. Kippe hätte selbst ein rechtliches Verfahren einleiten müssen, anstatt die Häuser zu besetzen.

Kippe glaubt, dass dies keinen Sinn gehabt hätte. Solche Verfahren dauerten zu lange und außerdem würde die Stadt lügen, indem sie bewohnbare Häuser für unwohnbar erkläre. Wegen der akuten Notlage und nach monatelanger Untätigkeit der Stadt sei ihm und seinen Mitstreitern nichts anderes übrig geblieben, als die Häuser zu besetzen.

Nach zweieinhalb Stunden Verhandlung sieht sich das Gericht nicht in der Lage, ein Urteil zu sprechen. Man vertagt sich auf den 18. März – vielleicht auch in der Hoffnung, dass die Bima ihre Anzeige doch noch zurückzieht. Auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ teilt die Bundesbehörde mit, dass zurzeit 46 Wohneinheiten in Köln, die ihr gehören, leer stehen. Die Häuser in Ossendorf, die besetzt wurden, sind bereits einen Monat vor der Besetzung an die Stadt verkauft worden. Zum laufenden Strafverfahren wolle man sich nicht äußern.



Rainer Kippe am Mittwoch vor dem Köln Amtsgericht

Zentren für Arbeitslose in Gefahr

Landespläne könnten das Aus für mehrere Beratungsangebote bedeuten

VON DIRK RIEBE

Sie bieten Mittagstische für Bedürftige, beraten Langzeitarbeitslose oder füllen mit Migranten, die wenig deutsch sprechen, Formulare aus. Die Arbeitslosenzentren in Köln sind kaum aus der sozialen Trägerlandschaft wegzudenken. Jetzt könnte aber ein Plan aus dem NRW-Arbeitsministerium für manche dieser Einrichtungen das Aus bedeuten. Minister Karl-Josef Laumann (CDU) hat angekündigt, die Förderung ab Anfang 2021 für die Arbeitslosenzentren zu streichen. „Das ist ein Angriff auf das gesamte Beratungsnetzwerk“, sagt Bernd Mombauer, Geschäftsführer des Kölner Arbeitslosenzentrums.

Hintergrund der Kürzungspläne ist, dass zum einen EU-Fördergelder auslaufen, zum anderen dass das NRW-Arbeitsministerium sich stärker um den Bereich Ausbeutung am Arbeitsplatz kümmern will. Erwerbslosenberatungsstellen sollen die Betroffenen künftig besser unterstützen. Im Blick habe Laumann besonders osteuropäische Arbeiter haben, die auf Schlachthöfen zu prekären Bedingungen beschäftigt sind. Gleichzeitig wolle der Minister offenbar Doppelstrukturen im Beratungsnetzwerk zerschlagen, so Mombauer. Denn neben den Erwerbslosenberatungsstellen gibt es eben noch die Arbeitslosenzentren. Erstere sollen weiterhin vom Land gefördert werden, letztere aber nicht.

Kein Geld ab 2021

In NRW gibt es 73 Erwerbslosenberatungsstellen und 79 Arbeitslosenzentren. Oft sind die Einrichtungen miteinander eng verzahnt, manche Träger bieten beiden an. Erwerbsberatungsstellen unterstützen Klienten in wirtschaftlichen und sozialen Notlagen, beraten sie rechtlich und helfen bei der beruflichen Entwicklung. Arbeitslosenzentren unterstützen eher niederschwellig, bieten etwa Begegnungsmöglichkeiten für Betroffene an. In Köln hatten die acht Einrichtungen – zusammen sind sie im „Kölner Netzwerk“ verbunden – im Jahr 2018 gut 16 400 Besucher und führten mehr als 5700 Gespräche durch.

Setzt das Arbeitsministerium Laumanns Ankündigung um, wären besonders die Einrichtungen betroffen, die als reine Arbeitslosenzentren nicht mehr vom Land gefördert würden, so Ratsfrau Güldane Tokyürek (Linke). Betroffen seien der Lindweiler Treff, der Kellerladen (Bildstöckchen), der Verein Frauen gegen Erwerbslosigkeit und der Veedel e. V. Die Linke will per Dringlichkeitsantrag das Thema am heutigen Donnerstag im Sozialausschuss diskutieren.

„Wenn das Land uns nicht weiter fördert, müssen wir den Beratungsbereich zumachen“, sagt Karin Hofmann, Leiterin des Vereins Frauen gegen Erwerbslosigkeit. Es geht um 15 600 Euro, die dem Arbeitslosenzentrum fehlen würden. Von dem Geld werden eine Sozialarbeitsleiterin und ein paar Honorarkräfte stundenweise eingesetzt, die Frauen beraten.